

Vorbemerkungen

Die Einleitung bindet Informationen zur Struktur des Bandes und zu den einzelnen Beiträgen in die systematischen, wenn auch knappen Überblicke zu den thematischen Hauptfeldern ein. Thematischer Hauptfelder sind die (ost)deutsche Umbruch- und Transformationsgeschichte sowie aktuelle Gestaltungsherausforderungen anstehender Transformationen. Der Band schließt damit an eine Reihe von thematischen Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Gesellschaftsanalyse“ der Leibniz-Sozietät zur aktuellen Transformationsdebatte an.¹ Zugleich nimmt er mit seiner Ausrichtung auf den ostdeutschen Fall eine deutliche Konzentration vor. Dies gibt die Chance zu vertiefenden Analysen. Andererseits ist mit dem Band eine Ausweitung gelungen, sowohl mit Blick auf eine stärkere Einbeziehung von Sichtweisen anderer Wissenschaftsdisziplinen als Soziologie und Wirtschaftswissenschaft – also zu einer praktizierten Interdisziplinarität – wie mit Blick auf die Einbeziehung einer deutlich jüngeren Generation von Wissenschaftler*innen, also zu einem Generationendialog.

Perspektiven öffnen

Unlängst berichtete der Kollege einer Fachhochschule, dass sie an dieser Fachhochschule gemeinsam mit einem Forschungsverbund aus Tirol ein Nachhaltigkeitsprojekt zur Nutzung von Hanf für die Autoindustrie bearbeiten würden. Letztlich also gehe es um so etwas wie „das kompostierbare Auto“. Genau ein solches Projekt mit genau dieser Vision hatte sich vor mehr als zwanzig Jahren ein Verbund regionaler Textilunternehmen und Landwirtschaftsbetriebe in der Brandenburger Lausitz auf die Fahnen geschrieben. Das war, nach einigen anderen Anläufen dieser regionalen Unternehmen, ein starkes Signal textiler Innovationen. Und es gab erste Kooperationsvereinbarungen mit entsprechenden Forschungsinstituten – in Tirol. Die Aussichten schienen deshalb besonders gut begründet, weil der Hanfanbau auf den Kanten zu rekultivierender Tagebaugruben erfolgen sollte. Es kamen also viele zu bewältigende Herausforderungen und aber auch Chancen zusammen, auch die eines nachhaltigen Ausstiegs aus dem Kohleabbau.

Ein starkes Signal zwar, aber doch nur der letzte Schritt zum Abbruch textiler Innovationen: Kurz nachdem von engagierten Unternehmen und Institutionen in der Brandenburger Lausitz wichtige Weichen gestellt waren, beendete die Europäische Union *planmäßig* die Förderunterstützung für den Anbau von Hanf. Hanf war nunmehr nicht mehr „zeitgemäß“, dazu wurden in einer folgenden Förderperiode andere Faserpflanzen erklärt. Das Engagement musste so verpuffen, allein war das nicht „zu stemmen“ und die lokale Industrie und Landwirtschaft wurde in einem möglichen Pfad zu nachhaltiger Produktion schwer getroffen. Die eigene Anstrengung der Ostdeutschen, deren angeblich mangelnde Ausprägung zum Standardrepertoire nahezu aller Begutachtungen gehörte und gehört, fand keinen Widerhall. Mehr noch: Zu einer zukunfts-offenen Symbiose der beiden so unterschiedlichen strukturbestimmenden Industrialisierungsansätze der Lausitz, nämlich Textil und Kohle, kam es nicht mehr. Während die Spuren der Textilindustrie nur noch in Museen und städtischer

¹ Siehe die Bde. 39/I. u. II., 42, 45, 49 und 58 der Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

Architektur aufzufinden sind, hat die Kohle die ihren in großen Schritten immer tiefer und weiter gesetzt. Kaum eine andere Region wurde in jüngster Zeit so stark monostrukturell deformiert wie die Lausitz.

Insofern war dieser Bericht des Kollegen ein recht eigenartiges Déjà-vu-Erlebnis. Für die letzten zwanzig, fünfundzwanzig oder dreißig Jahre ostdeutscher Umbruchgeschichte stellen sich vielfach andere ein. Einige davon finden sich in den hier versammelten Beiträgen. Viel „hätte und könnte“ – eine lange Geschichte im Konjunktiv also? Einiges spräche dafür (*könnte* dafür sprechen). Andererseits muss allein eine knappe Erinnerung an die jüngere deutsche Geschichte das Paradoxe einer solchen Beschreibung oder Einschätzung verdeutlichen – einunddreißig Jahre, das war exakt die Spanne zwischen dem Beginn des Ersten und dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit der Endphase des Kaiserreichs, der Zeit der Weimarer Republik und der Herrschaft des Nationalsozialismus; mit brutalen, gewaltigen historischen Umwälzungen und bis heute nachwirkenden Weichenstellungen. Eine enorme Wirkungsgeschichte in diesem „kurzen Jahrhundert“ also.

Natürlich ist auch heute die Frage des Konjunktivs eine der Perspektive. Mit ihr geht es jedoch nicht allein um das abstrakte „Hätte, wenn“, sondern ganz konkret um große Umbrüche, um *abgebrochene Anfänge*, um *verhinderte Chancen und blockierte Potenziale*. Reden über das, was unter dem „Mantel der Geschichte“ steckt. Allerdings ist die Sprache, die zu dem historischen Prozess von Umbruch und Transformation in Ostdeutschland – wie auch den anderen postsozialistischen Ländern – eher gehört oder passt, die des Imperativ, *der postulierte Sachzwang, die unausweichliche Logik, das Set vorgegebener und nicht zu modifizierender Regularien*. Warum etwa passfähige Förderung, wenn doch die große Zeitschiene schon feststeht? Nicht die *Ambivalenz* der, wenn auch vielleicht begrenzten, Suche nach einer immer auch anderen Möglichkeit, sondern die klare Ansage und Vorgabe (Adaption und Nachahmung). Natürlich ist diese Beschreibung eher zutreffend und zeigt sie auch die mehr als dreißig Jahre in Ostdeutschland als Wirkungsgeschichte, mit in der Tat beträchtlichen Umbrüchen und Einschnitten. Das ist vielfach festgehalten und ist gerade so gleichsam konstitutiv für die hier versammelten Beiträge. Es geht aber nicht nur um einen Realismus der Fakten oder die vielfältigen Strukturen und Verflechtungen, die den Osten noch immer zu einem eigensinnigen Kontext machen. Vielmehr hat die Sprache, wie sie von Politik und Medien bis in den Alltag greift, haben die groben Raster der Erinnerungskultur und mangelnde Aufmerksamkeit wie Differenziertheit der Wissenschaften, einen solchen „Realismus“ nochmals verfestigt und vereinseitigt. Zumal dann, wenn auf alte Muster, auf Vorgaben aus der Zeit des Kalten Krieges zurückgegriffen wird. Wenn diese Sprache, so *Ulrich Busch*, als „normal“ und „geltend“ (als „inkorporierter Alleinvertretungsanspruch“) ausgegeben wird, so kommen für den Osten allein dessen „Anpassungsdefizite“ zur Sprache und erfolgt letztlich seine Pathologisierung. Das lässt sich an zahlreichen Schlüsselbegriffen nachweisen. Ähnlich argumentiert *Thomas Ahbe*, wenn er den Sonderfall auf Ostdeutschland bezogener Geschichtspolitik und Geschichtskultur im Vergleich zu anderen postsozialistischen Fällen spiegelt. Das für diesen Fall konstitutive Totalitarismuskonzept fand über nahezu alle politischen Lager Verbreitung. Auf dessen Grundlage etablierte sich – wobei vor allem auf die Medien hinzuweisen ist – eine zugespitzte Kritik am Osten einerseits, eine Selbstlegitimation des Westens andererseits. Die geschichtskulturelle Neuformatierung der ostdeutschen Transformationsgesellschaft zielte auf die „Herrschaft über den Osten“.

Worauf beide Beiträge wie diese Publikation insgesamt zielen, ist eine hinreichende Ausgewogenheit und Genauigkeit in Deutung und Beschreibung. Volker Braun etwa hatte sehr früh versucht, Worte für die aufbrechende Ambivalenz zu finden. So schreibt er am 1. Juli 1990: „Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.“ (Braun 2014: 54) Das ist weder ein Ausdruck von Larmoyanz, noch ist es die Anklage eines DDR-nostalgischen Sitzenbleibers. Vielmehr zeigt sich hier ein beachtlicher Weitblick, mit dem sich jetzt nicht so abwegige Fragen stellen: Wo ist denn nunmehr „Da“? Und was ist dann also mit „mir“ geschehen, oder mit „denen“, die dageblieben sind? Ohne Land jetzt, und vielfach ohne Wesentliches, wozu sie „mein“ sagen könnten? Ist das jetzt nicht mehr vorhandene oder ausgewanderte Land als Rest nur noch „Dunkeldeutschland“? In der Dominanzkultur scheint das vielfach so auf, ausgerechnet der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, machte dazu vor einiger Zeit eine unsägliche Zuspitzung: einfach nicht tauglich für die Demokratie. Auf der medialen Oberfläche der Debatten grassieren häufig noch Vorurteil und Stereotypisierung. Finden wir vielleicht endlich zu der Sprache, die das hinter der Oberfläche sichtbar macht und so also auch das Mögliche hervorholt – im Horizont der Erinnerung wie in dem zukünftiger Gestaltung? *Busch* plädiert für eine „neue Erzählung“, die dann auch „Zukunftspotenziale des Ostens“ in den Blick nimmt; *Ahbe* kommt mit einem Blick auf die gemeinsame europäische Geschichtspolitik zur Formierung der Erinnerung an den II. Weltkrieg zu einem eher ambivalenten Ergebnis. Man muss also in der Tat, wie es in einer anschlussfähigen zeithistorischen Debatte heißt, das „regelrecht erstarrte Debattenfeld von methodischen Prinzipien und Einsichten“ öffnen, als „perspektivische Distanzierung, empirische Differenzierung sowie vielstimmige Diskussion und Reflexion“ (Jahrbuch 2020: 10).

Genau hieraus begründet sich der Titel des Bandes: Streitfall Ostdeutschland? Es geht eben nicht um einen Nachklapp zu den Debatten, die mit den Jubiläen der letzten beiden Jahre verbunden waren. Vielmehr ist die Überzeugung, dass es erforderlich ist und durchaus auch Sinn macht, die Perspektive auf Umbruch und Transformation in Ostdeutschland, die längst auch die Deutschlands insgesamt ist, strittig zu halten, das „erstarrte Debattenfeld“ also zu öffnen. Vieles aus dieser jüngeren Geschichte ist bisher noch unklar geblieben, nur einseitig beschrieben bzw. mit Vorurteilen „gedeckt“. Das macht den anhaltenden und produktiven Streit erforderlich. Dafür braucht es Klarheit und kann Zuspitzung sinnvoll sein. So etwa skizziert *Yana Milev*, ausgehend von einem umfassenden Forschungs- und Publikationsvorhaben, die Fremdheit und Marginalisierung der Ostdeutschen im eigenen Land. Indem sie Diktaturaufarbeitung und Demokratieerziehung als „Doppelaxiom neokolonialer Assimilationspolitik“ für die Untersuchung von Institutionen und Methoden nimmt, kommt sie zu ihrer Beschreibung, nach der die Mehrheit der Ostdeutschen zu „Exil-Ostdeutschen“ werden, ihre nachträgliche „Ethnisierung“ erfahren. Ausgrenzung und Stigmatisierung – von Anerkennung ist noch wenig zu sehen.

Der Streit generell sollte nach wie vor sinnvoll und produktiv sein, weil vielfach in der Tat neue Fragen gestellt und bisher als sakrosankt ausgegebene Einschätzungen abgeklopft werden. Das mag dann auch Verdecktes oder zu Unrecht Vergessenes ans Licht zu bringen. *Michael Thomas* stellt das produktive Potenzial einer jüngeren (insbesondere zeithistorischen) Debatte heraus und skizziert deren Erträge für die weitergehende Forschung. Diese Debatte konzentriert sich auf viele der oben markierten einseitigen Herangehensweisen an bzw. Interpretationen zu Ostdeutschland. Denn gerade damit sind die heute aufbrechenden

politischen und kulturellen Konflikte verbunden. Das Plädoyer, statt Stereotypen zu folgen, sich für Ambivalenz und Differenziertheit zu öffnen, verdient besondere Beachtung.

Zweifellos geraten mit solchen Reflexionen weit deutlicher als häufig praktiziert die unmittelbaren Zusammenhänge von (Begreifen der) Geschichte und (Gestalten der) Zukunft konzeptionell in den Fokus. In der Hinsicht kann es hilfreich sein, wenn offene, produktive Fragestellungen der bisherigen Debatten institutionell gebündelt werden, wie beispielsweise in einem so konzipierten „Zukunftszentrum“ zu europäischer Transformationsforschung. Auf Hintergrund, Gründungsimpuls und Anlage dieses Zentrums geht *Judith Enders* in ihrer Arbeitsskizze ein. Wie ein solcher Erfahrungszusammenschluss anregend und überzeugend für einen Dialog zwischen postsozialistischer Transformationsforschung und Postwachstumsansätzen genutzt werden kann, zeigt der Beitrag von *Jana Gebauer, Gerrit von Jorck und Lilian Pungas*. Insgesamt findet sich das Anliegen in vielen der Beiträge. Es geht also nicht darum, Geschichte umzuschreiben, sondern deutlicher das zu akzentuieren, was zu oft liegen geblieben ist, was aber in seiner Eigenart wiederum wirkungsvoll ist. Nicht zufällig betrifft das immer wieder Alltag und Lebenswelt, alltägliche Praktiken und Erfahrungen. Es geht also auch um das, was offensichtlich in den vielzitierten großen „Meistererzählungen“ über Umbruch und Transformation nicht einmal als Anmerkung oder Fußnote auftaucht. Dass es dazu reflektierter und elaborierter Zugänge bedarf, der Verweis allein auf kulturelle Perspektiven und Analysen nicht ausreicht, macht vor allem *Monika Walter* deutlich. Hier deutet sich ein interessanter Dialog zwischen Zeitgeschichte und Sozial- wie Kulturwissenschaften an.

Ganz bewusst also wird Streit-Geschichte von uns so gelesen und praktiziert. Zudem geschieht das mit einer zeitlich und räumlich über den im Mittelpunkt stehenden engeren Fall hinaus greifenden Betrachtungsweise, die trotz einer vertieften Betrachtung der Fallspezifik unerlässlich ist. Denn diese Spezifik ist eben keine Isolierung, sondern sie verlangt vergleichende Kontrastierung. *Thomas Ahbe* hat das für Geschichtspolitik und Geschichtskultur gezeigt. *Dieter Segert* zieht einen komplexen Vergleich unterschiedlicher postsozialistischer Staaten, von denen sich viele nunmehr wieder (noch immer) folgenreich an der Peripherie Europas befinden. Eine solche Folge ist ein grassierender Populismus, auf welchen die Antwort nur ein starkes soziales Europa und eine Erneuerung der Demokratie sein kann: Die Überwindung der Krise im Osten verlangt eine Transformation im Westen.

Bei Zeithistorikern ist die Rede von einer *Problemgenese-geschichte*. Daran lässt sich direkt anschließen und zugleich die konzeptionelle Klammer für den Band finden: Wir wollen ein besseres Verständnis für die Problemgenese als Voraussetzung, um Überlegungen zu Problemlösung oder Problembewältigung beizutragen.

Konturierung einer Fallgeschichte

Der ostdeutsche Fall einer postsozialistischen Transformation galt immer als *besonderer* Fall innerhalb der Gruppe mittelosteuropäischer Transformationen. Wenn dieser Fall eben nicht generell als alleiniger Fall deutscher Wiedervereinigung aus der Debatte ausgeschlossen wurde – wie etwa in den US-amerikanischen Sozialwissenschaften –, so wurde der privilegierte, gleichsam „ideale“ Charakter dieses Falles gegenüber den anderen ehemals sozialistischen Staaten betont: der Sonderweg Ostdeutschlands zu Demokratie und

Marktwirtschaft. Indem die DDR 1990 mit der Bundesrepublik Deutschland eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einging und bald darauf durch ihren Beitritt zur Bundesrepublik Teil des vereinigten Deutschlands wurde, stellte sich, so die übereinstimmende Meinung der Kommentatoren im In- und Ausland, das große Glück eines verhältnismäßig einfachen, da vorgegebenen und sozial abgesicherten Weges in die neue Gesellschaft ein. Nur wenige Kritiker erkannten damals das Problematische eines solchen Idealfalles. Wenngleich dieser nämlich eine soziale Komponente aufwies und der Umbruch so für große Teile der Bevölkerung abgefedert werden konnte, war er doch durch den praktizierten Vereinigungsmodus vollständig fremdgesteuert, ein holistisches Projekt unter westdeutscher Regie. Diese West-Dominanz in Politik, Wirtschaft, Kultur – in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen – war dem ostdeutschen Transformationsprozess daher von vorherein inhärent. Sie zeigte sich konzeptionell wie prozessual, personell wie sprachlich, in den Lektorientierungen und praktizierten Vorgehensweisen ebenso wie in den nun nach rund einunddreißig Jahren zu konstatierenden Resultaten. Insofern ist auf eine ebenso eindeutige wie einseitige Wirkungsgeschichte für Ostdeutschland zu verweisen, wie ja nicht nur die hier versammelten Beiträge deutlich machen. Das macht die Suche nach anderen Ansätzen und Praktiken, also auch dem oben eingeführten Konjunktiv, nicht überflüssig, aber begründungsbedürftig.

Die zu konstatierenden Resultate sind ernüchternd. Bisher ist es weder gelungen, die ostdeutsche Wirtschaft an das Niveau der westdeutschen Wirtschaft heranzuführen und einen selbst tragenden Aufschwung zu bewirken, noch wurde das Ziel, in Ost und West gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, tatsächlich erreicht. In den dahingehend wenig divergierenden Debatten verlagerte sich der Fokus der Wahrnehmung immer mehr auf die für die Lebensverhältnisse *entscheidenden* Komponenten: Die Verfügungsgewalt über das Produktivkapital, die Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden, an Wohn- und anderen Immobilien, die Verteilung der materiellen und finanziellen privaten Vermögen sowie die Präsenz in Entscheidungspositionen, also die Zugehörigkeit zu den Funktionseliten. Betrachtet man diese vier Komponenten im Ost-West-Vergleich, so stellt man einunddreißig Jahre nach der deutschen Vereinigung eine *skandalöse Ungleichheit* fest: „Heute gibt es kein Land in Europa, in dem einer Bevölkerung so wenig an Grund und Boden, an Immobilien und an Betrieben gehört wie den Ostdeutschen im Osten Deutschlands, keine Bevölkerung, die dort, wo sie lebt, so wenig Führungspositionen innehat wie die Ostdeutschen, sei es in den Betrieben, in den Medien, den Verwaltungen und Banken, beim Militär und der Polizei oder an den Gerichten und Universitäten.“ (Schulze 2021: 14) Die Ostdeutschen, so Yana Milev treffend, würden im Osten nunmehr nach der Eigentümerstruktur überwiegend in westdeutschen Städten wohnen. Das Land ging, um nochmals auf Volker Braun zu kommen, *in den Westen* oder *an den Westen*.

Nichts daran ist überzogen, eher ist es eine nüchterne Bestandsaufnahme, die nicht viel anders nachzulesen ist im aktuellen „Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ (Bericht 2021). Auch dort ist von einer anhaltenden Diskrepanz in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen zwischen Ost und West die Rede. Als Gründe für die noch immer „deutlich unterschiedliche Vermögensverteilung“ werden „neben der deutlich geringeren Wohneigentumsquote in Ostdeutschland sowie dem im Durchschnitt geringeren Marktwert ostdeutscher Immobilien“ die „seit der Wiedervereinigung stets höhere Arbeitslosenquote“

und das „geringere Lohnniveau“ genannt. (Ebd.: 78) Dies alles sind Folgen der Art und Weise der deutschen Vereinigung und der konkreten Ausgestaltung der Umbruchprozesse in Ostdeutschland. Darauf geht *Ulrich Busch* weiter ein; umfassend und mit den sich so stellenden konzeptionellen Schlussfolgerungen hatten wir dies bereits vor sechs Jahren deutlich gemacht (vgl. Busch/Thomas 2015). Und schon damals war es so neu und überraschend nicht. Ähnliches gilt für Trends in den mittelosteuropäischen Gesellschaften, auf die *Dieter Segert* eingeht.

Der Bogen ließe sich weiter spannen. So heißt es etwa zur fehlenden Präsenz Ostdeutscher in den Funktionsebenen im „Bericht“: „Ostdeutsche sind in diesen Eliten zumindest außerhalb der Politik deutlich unterrepräsentiert und auch im Zeitablauf scheint sich daran nur wenig zu ändern [...]. Zuletzt galt, „dass in Deutschland weniger als zwei Prozent der Spitzenpositionen von Ostdeutschen besetzt waren, wobei Ostdeutsche 17 Prozent der Bevölkerung ausmachen.“ (Bericht 2021: 441) So bestehe das Risiko (oder zeigt sich die Tendenz), „dass sich aus mitunter nachvollziehbar sozial unausgewogenen Stellenbesetzungen in den ersten Übergangsjahren feste Strukturen etablieren, die Ostdeutsche an den Schaltstellen in ihren eigenen Heimatregionen ausgrenzen.“ Zudem sei eine „bewusste Diskriminierung, wonach Entscheider Ostdeutschen pauschal negative Eigenschaften zuschreiben“, nicht auszuschließen. (Ebd.) Also, wie gesagt, auch im einunddreißigsten Jahr der deutschen Einheit sind die Ergebnisse ernüchternd, bestehen grundlegende Rückstände in der Wirtschaftskraft, Diskrepanzen in den Lebensbedingungen, zeigen sich deutlich Integrationsdefizite bei der ostdeutschen Bevölkerung. Einschlägige Umfragen in der ostdeutschen Bevölkerung bringen den Unmut darüber zum Ausdruck: nach wie vor fühlen diese sich mehrheitlich als „Bürger zweiter Klasse“, als wirtschaftlich abgehängt und sozial unterprivilegiert. „Die DDR-Bürger wurden zwar als Deutsche anerkannt, standen aber mit ihrem biografischen Gepäck weiter draußen vor der Tür.“ (Jahrbuch 2020: 32)

Angesichts dieser Bilanz wächst nicht nur der Unmut in der ostdeutschen Bevölkerung und kommt es hier zu einer sich immer mehr ausbreitenden „Verbitterung“, wie Ingo Schulze schreibt. Es werden auch *Fragen* aufgeworfen, alte und neue Fragen nach den Ursachen für diese Entwicklung, nach alternativen Möglichkeiten und Auswegen und nach einer differenzierteren und in großen Teilen wohl auch einer Neu-Bewertung der „langen Geschichte der Wende“ in Ostdeutschland. Das ist ein durchaus merkbarer und anerkennenswerter Trend, sowohl der jüngeren zeitgeschichtlichen Debatte wie generell von öffentlichen Aktivitäten, insbesondere einer jüngeren Generation; *Michael Thomas* akzentuiert das in seinem Beitrag noch besonders dadurch, dass er hier von einer „Bruchkante“ spricht einer sich öffnenden Diskurskultur. Dafür will diese Generation ausdrücklich – das ist durchaus bemerkenswert – Verantwortung übernehmen. Und das schließt vor allem ein, dass auch die Geschichte der DDR, so wie sie bis heute aus westdeutscher Perspektive erzählt wird, zu überprüfen und vielfach neu zu erzählen ist. Will man nämlich eine dringend erforderliche Verantwortung für die Zukunft übernehmen, so ist eine einfache Entlastung von historischer Verantwortung und deren einseitige Verschiebung in den Osten – was eben die (West-),Europäer und insbesondere die Deutschen“ an der Wende so fasziniert hatte (vgl. Krastev/Holmes 2019: 84), schlicht nicht mehr zeitgemäß.

Beim Überdenken dieser und anderer Fragen wird erkennbar, dass die Kluft zwischen West und Ost, wie sie sich bis heute auftut, kein fortdauerndes „Erbe der DDR“ und auch nicht ein bloßer „Kollateralschaden praktizierter Transformation“ ist, sondern vielmehr deren logische und so durchaus vorhersehbare Konsequenz. „Dies war sicher nicht verabredet, aber darauf angelegt, dass es ausging, wie es kam.“ (Herden 2020) Ist dies einmal akzeptiert, so wird es möglich, die Ansatzpunkte für eine alternative Entwicklung zu erkennen – womit wir wieder beim ostdeutschen Konjunktiv sind. Zugleich aber und in der Konsequenz nicht weniger radikal schließt das trotz erforderlicher Kritik an Herrschaft und politischer Praxis der DDR eine deutlich *andere* als die von westdeutscher Selbstgefälligkeit diktierte Haltung gegenüber der DDR insgesamt und vor allem gegenüber den Lebensleistungen der Ostdeutschen ein: Es ist eben nicht nur das unvermeidliche und so vielfach nachgezeichnete Scheitern der DDR; dieses Scheitern ist auch als gescheiterter Versuch zur Verwirklichung einer Utopie zu verstehen. Die „wichtigste Lebensleistung“ der Ostdeutschen bestand mithin darin, die Umsetzung dieser Utopie „wenigstens versucht zu haben“ (Dahn 2020: 103). Dies sollte, ohne die Gründe des Scheiterns oder die Leistungen der „friedlichen Revolution“ zu ignorieren, gerade deshalb nicht tabuisiert werden, weil die letzten einunddreißig Jahre eher als Verlust, als Austreiben und Vergessen solch utopischer Momente und Ansprüche zu „bilanzieren“ sind. Im Nachdenken über Zukunft spielt die ostdeutsche Erfahrung oder Praxis kaum eine Rolle. Allein aus einer an Marktlogik und Kapitalverwertung, an den Interessen westdeutscher Investoren und Eigentümer orientierten Bilanzrechnung lassen sich solche Momente und Ansprüche nicht bewahren und vor allem die skizzierten Entwicklungsprobleme nicht bewältigen. Darauf aufmerksam zu machen, ist offensichtlich der Kern einer sich abzeichnenden und öffnenden Debatte, die sich „aus den alten Schlachtordnungen“ lösen und zunehmend „differenzierte Analysen“ bieten will. (Jahrbuch 2020: 14) Hinsichtlich der Geschichtsbetrachtung sind wir durchaus optimistisch. Wenden wir uns der Transformation zu.

Transformationspraxis – Erfahrungs- und Gestaltungsräume

Die historische, zeitgeschichtliche Debatte um Ostdeutschland ist zugleich in systematischer Hinsicht eine solche um Transformation, Transformationsperspektiven und Transformationsforschung. Das mit dieser Debatte verfolgte Ziel, eine differenziertere Sicht auf die „lange Geschichte der Wende“ zu leisten, bedingt eine Auseinandersetzung mit vorliegenden sozialwissenschaftlichen Begrifflichkeiten, mit damit verbundenen Leistungen und Grenzen. Diesbezügliche Ansprüche, Argumentationsmuster und analytische Erträge aus der zeithistorischen Debatte wie damit verbundene und über die Debatte wiederum hinaus führende Konsequenzen für die Transformationsforschung umreißt *Michael Thomas* anhand genereller Überlegungen und vertiefender Beispiele. Aufgezeigt wird der produktive und den interdisziplinären Dialog öffnende Charakter der zeitgeschichtlichen Forschung, ohne die offenen Fragen nach den Leistungen und Grenzen bisheriger Transformationsforschung zu diskutieren. Denn so eindeutig „Transformation“ zum alles überwölbenden Leitbegriff der Debatte nach 1990 geworden war, so wenig lässt sich von einer eindeutigen Begriffsdefinition und Begriffsverwendung sprechen. Das ist hinreichend – gerade auch in Publikationen des

Arbeitskreises und aus seinem Umfeld – dokumentiert und muss nicht weiter vertieft werden. Es geht nur darum, auch das Problematische dieser Begrifflichkeit selbst nicht zu überdecken.

Gesucht wird neben der Begrifflichkeit „an sich“ zugleich nach den Brücken zwischen dem postsozialistischen Transformationsdiskurs und den aktuellen Debatten um eine neue Große Transformation. Dass für so anstehende transformationstheoretische und -analytische Fragestellungen vor allem systematisch die Perspektiven einer kulturellen Analyse, einer Untersuchung von Alltag, Lebenswelt und diesbezüglichen Erfahrungs- und Praxisformen, zu entwickeln sind, stellt *Monika Walter* dar. Denn es sind solche Alltagspraktiken, denen ein besonderer Stellenwert für gesellschaftliche Veränderungsprozesse zuzuschreiben ist. An Beispielen und kulturtheoretischen Überlegungen wird eine „Praxis des Wirkens“ sichtbar gemacht, die gerade so auch die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft spannt. Nach einer solchen sucht auch *Hans-Christoph Rauh*, indem er am Beispiel der Philosophie fragt, ob und wie möglicherweise deren politisch-ideologische Formierung durch spezifische und insofern auch „eigensinnige“ Transformationen auf der persönlich-biografischen Ebene unterlaufen werden. Seine Ergebnisse sind nicht überraschend, aber trotzdem ernüchternd.

Die hier in einigen Ansatzpunkten wieder aufgenommene Transformationsdiskussion steht nicht im luftleeren Raum. Raj Kollmorgen antwortete auf die Frage „Eine ungeahnte Renaissance [für die Transformations- und Vereinigungsforschung]?“ (Kollmorgen 2020: 46) schlicht mit der Feststellung, sie sei „zurück“, bevor er ausführlich deren geschichtliche Verläufe, inhaltliche Ausprägung und vor allem die nunmehr aktuelle Konturierung nachzeichnet. Für den von ihm mit einem um 2015 verzeichneten Bruch oder Aufbruch – ähnlich der von Thomas akzentuierten „Bruchkante“ – führt er einige markante Gründe an (ebd.: 62ff.). Diese verweisen auf neue Fragestellungen, Perspektiven und auf die Verantwortungsübernahme einer jüngeren Generation. Damit sollte sich „eine signifikante Änderung der Erkenntnisinteressen und Relevanzstrukturen wie auch der bevorzugten theoretischen Konzepte“ (ebd.: 65) ergeben. Diese Einschätzung teilen wir, wie auch die folgende: In der Konsequenz dieser Renaissance liegt, dass es nicht um eine weitere modische, inflationäre Zäsur eines Passepartoutbegriffs geht, sondern um eine ernsthafte und folgenreiche Platzierung der Forschung: „In jedem Fall lässt diese Renaissance den alten Fluchtpunkt Westdeutschland sowie die Abkapselung der ostdeutschen Transformationsforschung von der internationalen Debatte und der breiter angelegten Erforschung des sozialen Wandels hinter sich und öffnet neue Chancen für ein langfristig fruchtbares Forschungsfeld.“ (Ebd.: 66)

Da wir so auch den „Streitfall Ostdeutschland“ konzipiert und angelegt haben, lässt sich die Transformationsproblematik in ihrer thematischen Relevanz knapp umreißen, ohne nur ansatzweise in eine generelle Debatte einzusteigen. Diese würde den Rahmen einer Einleitung wie den Anspruch des Buches sprengen. Perspektive oder Anspruch sind eingegrenzt: Einmal geht es darum, aus den zeitgeschichtlichen Reflexionen zu Ansätzen und Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung (Kritik der „Meistererzählungen“) zu kommen und Impulse für die mögliche (zum Teil bereits vorliegende) begriffliche und analytische Justierung dieser Transformationsforschung aufzuzeigen. Denn die identifizierten Leerstellen von Alltag, Lebenswelt oder auch Kultur, von diesbezüglichen Erfahrungen und Praktiken, sind zentrale Ansatzpunkte für eine Transformationsforschung, welche Übergänge, Entwicklungen und gesellschaftliche Konstitutionsprozesse aufdecken kann. Damit verbindet

sich ein transformationstheoretisches Moment oder ein transformationsspezifischer Anspruch, der sich eben im postsozialistischen Fall als marginal erwiesen hat und so bisher im Konjunktiv steht, der aber nunmehr für weitere Transformationsprozesse die aufzunehmende Herausforderung definiert. Insofern ist zugleich ein weiterer Anspruch des Buches, dies anhand von aktuellen Umbrüchen und Gestaltungsprozessen exemplarisch aufzuzeigen und ebenso Möglichkeiten wie den Nutzen einer Berücksichtigung von Erfahrungsprozessen, die für einen Brückenschlag zwischen postsozialistischer Transformation (was deren „realsozialistische“ Vorgeschichte einzuschließen hat) und aktuellen Transformationsprozessen stehen. Denn ohne dieses „biografische Gepäck“ keine Einladung, Ermutigung zu Beteiligung. Ohne ein um die genannten Dimensionen erweitertes und zeitlich „gedehntes“ Design keine Transformationsforschung. Dass wir insofern auch mit der begrenzten Perspektive zentrale Fragen aufnehmen, soll nicht verschwiegen werden.

Der Einstieg mit Blick auf die Lausitz, auf Textil und Kohle, war nur vom Anlass her Zufall. Der Strukturwandel in der Lausitz (als einem von drei Revieren in Deutschland, in denen noch Braunkohle abgebaut wird) stellt trotz beträchtlicher finanzieller Mittel nicht nur eine enorme Gestaltungsherausforderung dar; Dimension und zu erreichende Ergebnisse dieses Strukturwandels, der oftmals verkürzt als „Kohleausstieg“ etikettiert wird, lassen sich durchaus als Transformation bezeichnen: Es geht darum, die Region auf eine andere, eine zukunftsfähige Entwicklungsgrundlage zu stellen. Man könnte auch umgekehrt formulieren: Nur unter der Bedingung, dass der Strukturwandel *als Transformation* verläuft und gestaltet wird, kann ein solcher gelingen.

Die häufig diskutierten Fragen von transformativer Wissenschaft und transformativer Praxis, von verantwortungsvoller und kritischer Wissenschaft, welche sich weder im akademischen Elfenbeinturm noch in finanziell abhängiger Auftragsforschung verliert oder erschöpft, werden somit mit oder an diesem Fall auf die Agenda gebracht. Angesichts der benannten Herausforderungen wäre es ein überaus bedenkliches Déjà-vu, wenn alsbald wieder von einer „überforschten“ oder einer vom „Beraterunwesen“ geplagten Region gesprochen werden müsste, wie das für Ostdeutschland bzw. eben für die Lausitz hinsichtlich der frühen 1990er Jahre treffend geschah. Die Überforschung blieb eher folgenlos; das Beraterunwesen war mit erheblichen Kollateralschäden verbunden. Einige Anzeichen sprechen allerdings für eine mögliche Wiederholung, der beschlossene Strukturwandel hat der Lausitz einen bedenklichen Attraktivitätsschub gebracht – es lässt sich halt „Kohle machen“.

Einer Publikation wie der von Herberg/Staemmler/Nanz (2021) ist ein solcher Vorwurf nicht zu machen. In ihrem Band, der sich zu einem Großteil auf die Lausitz bezieht, präsentieren sie beeindruckendes Material und haben sie zugleich ausführlich die mit solchen Feldforschungen verbundenen Anforderungen und Gefahren reflektiert und dargestellt. Ihr Plädoyer für engagierte, verantwortungsvolle Forschung ist damit verbunden, auch grundlegende, ja paradoxe Probleme aufzuzeigen, vor denen eine solche Forschung steht. Beispielsweise auf Ebene der Problemlösung, respektive wissenschaftlicher Problematisierung. „Das Problematisierungsparadox ist besonders komplex, da es politische, normative und epistemische Grundlagen engagierter Transformationsforschung auf Engste verbindet.“ (Ebd.: 23) Gleichsam im Brennglas bündeln sich am Fall der Lausitz all die Probleme eines Wie? der Transformation, die mit Verantwortung, Engagement, Transdisziplinarität noch nicht ihre Lösung finden, aber so wenigstens angegangen werden

können. Es wird sich zeigen, inwieweit diesen Ansprüchen gefolgt und die transformative Nachhaltigkeitsforschung aus den häufig praktizierten Engführungen befreit wird. (Vgl. ebd.: 24).

Genau darauf zielt *Steffen Groß*, der Beispiele solcher Engführungen oder Blindstellen in einer ausufernden Forschungslandschaft zum Strukturwandel in der Lausitz zeigt. Statt den Strukturwandel mit einer für die Bevölkerung „fassbaren“ und so orientierenden Erzählung zu verbinden – wie das etwa systematischer Anspruch einer von ihm praktizierten narrativen Ökonomik ist –, erfolgen allgemeine Strukturbeschreibungen, die weder der Vorgeschichte noch den regionalen Zusammenhängen einer anstehenden Transformation gerecht werden. Die Lausitz wird geschichtslos und räumlich unscharf. Sein Plädoyer geht auf eine Rahmenerzählung realistischer, kultureller Lebensperspektiven, statt das große Rad einer „Europäischen Modellregion“ zu drehen. Ähnlich versuchen *Paula Walk und Nora E. Stognief*, konkrete und tragfähige Alternativen für die Lausitz aufzuzeigen. Einerseits kontrastieren sie den Fall aufschlussreich mit dem des Rheinischen Reviers, andererseits warnen sie vor einem rein technologischen Wandel (vom Kohleausstieg zum Gaseinstieg) und legen auch sie den Akzent auf einen umfassenderen Wandel und einige der „vergessenen“ Fragestellungen, etwa der einer erforderlichen breiten Bürger*innenbeteiligung.

Am skizzierten Fall des Strukturwandels war auf eine folgenreiche Vernachlässigung von Vorgeschichte und von vorausgehenden Erfahrungen hinzuweisen, aus der sich häufig ein mangelndes Orientierungswissen für den anstehenden Strukturwandel ergibt. Das weitgehend noch immer dominierende Wissenschaftsmodell rationaler Kalkulation und Vorausschau hat diesbezüglich eine strukturelle Amnesie verankert. Da diese nicht nur den akademischen Elfenbeinturm betrifft, sondern auch Forschungspolitik und Forschungsförderung – womit die aufgezeigte Paradoxie der Transformationsforschung konkret zu einer der häufig angeführten „dicken Bretter“ wird –, kann deren Verbreitung nicht verwundern. Transformation könnte so wieder zu dem werden, was es über lange Jahre war und eben zum Teil noch immer ist – ein beliebiges und Allerwelts-Phänomen oder Glasperlenspiel. Mit der Ausrichtung auf aufzuarbeitende Erfahrungen und umfassende erinnerungskulturelle Auseinandersetzung könnte etwa auch das schon erwähnte „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und deutsche Einheit“ Argumente dagegen liefern. *Judith Enders* liefert mit ihrem Rückblick auf vielfältige Debatten in der einschlägigen Kommission einige Argumente dafür und macht Vorschläge für die öffentliche Debatte. Man wird sehen, wie sich der Prozess in den nächsten Jahren gestaltet.

Einen theoretisch-konzeptionellen und zugleich Arbeits-Bericht zur Frage, weshalb Erfahrungsaufarbeitung für Zukunftsgestaltung unerlässlich ist und wie solche und ein Erfahrungstransfer gelingen können, steuern *Jana Gebauer, Gerrit von Jorck und Lilian Pungas* bei. Ihren Zugang finden sie interessanterweise aus der Postwachstumsdebatte, welche sich weitgehend einer Bezugnahme auf Erfahrungen und Praktiken postsozialistischer Gesellschaften enthält, was dann zu einem „schrägen“ oder vorurteilsbehafteten Blick auf solche Erfahrungen und Praktiken führt. Nicht selten werden, möglicherweise mit der Einstellungsforschung noch untersetzte Vorbehalte gegenüber einem ostdeutschen oder auch östlichen Erfahrungsraum einfach fortgeschrieben, setzen sich Stereotype einer nur am Westen orientierten Transformation fort. Dies erweist sich sowohl für den erforderlichen Weg eines tiefgreifenden emanzipatorischen Wandels als problematisch wie hinsichtlich möglicher

Potenziale und Anschlussstellen im Osten. Gerade weil nicht die Gefahr einer 1:1-Übernahme besteht, könnten die systematischen Konsequenzen einer Mangelwirtschaft ebenso relevant für praktische Gestaltungsfragen sein wie die Praktiken von Selbstversorgung und Kleingarten.

Immer wieder fokussieren sich Fragen und Perspektiven, wie sie unseren Band durchziehen, in der Aufforderung nach differenzierter Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, nach einem konkreten Hinschauen und hinreichend komplexen Analysen, die den Menschen zuhören und auf die Finger schauen. Nur so erfährt man etwas von dem, wie sich Veränderung vollzieht. Dass es sich dabei auch um offene Such- und Experimentierräume handelt, ist nicht nur einem wissenschaftlichen Drang nach Exaktheit und Klarheit schwer zu vermitteln, sondern stellt auch praktische Lerndienstleister vor beträchtliche Anforderungen. Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung sind erst noch hinreichend in ihrer Transformationsrelevanz zu begreifen und zu entwickeln. *Thomas Hartmann* und *Ortfried Schäßter* gehen knapp auf die schon in den 1990er Jahren in Ostdeutschland (auch von ihnen) entwickelten Ansätze einer solchen Bildungsperspektive ein, die hier mit der institutionalisierten Arbeitsförderung ihre Grenzen und mit Hartz IV den endgültigen Abbruch erfahren hatte. – Auch das ist ja, so nochmals generalisierend für den Band, ein Beispiel dafür, wie sich im ostdeutschen Kontext die implementierte Nachahmung mit einer neoliberalen „Innovation“ verbunden hatte und so zu einem folgenreichen gesamtdeutschen Umbau wurde. – *Hartmann/Schäßter* zeigen auf, inwiefern es heute Chancen gibt, theoretisch-konzeptionell wie praktisch-organisatorisch Weiterbildung und berufliche Bildung als eine „Übergangszeit“ anzulegen, die so die lebensweltlichen Voraussetzungen für den Übertritt in eine neue Entwicklungsstufe bringen kann. So profilieren bildungsspezifische Institutionen und bildungspraktische Ansätze ihre transformative Kapazität. Auch insofern schließt sich mit diesen Ausführungen der konzeptionelle Bogen des Bandes, der mit Facetten und auch konzentrierten Tiefenbohrungen in einem sehr breiten und im positiven Sinn offenen Feld unterwegs war.

Das Buch ist bekanntlich in einer Zeit entstanden, die den vorgesehenen persönlichen Austausch und geplante Arbeitsdiskussionen verhindert oder in ein digitales Format gepresst hat. Damit war den Ansprüchen nur bedingt gerecht zu werden. Umso mehr ist den Autor*innen dafür zu danken, dass sie sich weitgehend an zeitliche und konzeptionelle Vorgaben gehalten haben, so dass sich die überzeugenden Einzelbeiträge durchaus zu einem „stimmigen Ganzen“ fügen. Bei der formalen Anpassung haben wir das Erforderliche und Sinnvolle unternommen, so auch hinsichtlich einer Gender gerechten Schreibweise, die wir aber in praktizierter Schreibweise wie auch für mögliche Kompromisse den Autor*innen überlassen haben.

Die Herausgeber

Literatur

Bericht (2021): Sechster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

- Braun, Volker (2014): *Werktage 2: Arbeitsbuch 1990 – 2008*, Berlin.
- Busch, Ulrich/Thomas, Michael (Hg.) (2015): *Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Transformation*, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 42, Berlin.
- Dahn, Daniela (2020): *Die DDR – eine Utopie, an die ich anknüpfen lässt*, in: *Narthex*, vol 6, S. 100-105.
- Herberg, Jeremias/Staemmler, Johannes/Nanz, Patrizia (Hrsg.) (2021): *Wissenschaft im Strukturwandel. Die paradoxe Praxis engagierter Transformationsforschung*, München.
- Herden, Lutz (2020): *Nicht die letzte Zäsur*, in: *Freitag*, 01. Oktober.
- Jahrbuch (2021): *Jahrbuch Deutsche Einheit 2020*, hrsg. von Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen, Berlin,
- Kollmorgen, Raj (2020): *Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung*, in: *Jahrbuch Deutsche Einheit 2020*, S. 46-72.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin.
- Schulze, Ingo (2021): *Man wird nicht als Ostler geboren*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8. Juni 2021, S. 14.